

Konzept öffentlicher Grillplätze in Essen ist gescheitert

03.09.2026

Umweltausschuss berät als Nächstes – endgültige Entscheidung im Rat am 16. September

Die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Essen hält an ihrer Forderung nach einem grundsätzlichen Grillverbot auf öffentlichen Grün-, Park- und Freiflächen fest. Die bislang ausgewiesenen Grillzonen sollen vollständig aufgehoben werden. Essen hat neun Stadtbezirke. In sechs Bezirken bestehen öffentliche Grillplätze. Aus diesen Bezirken erreichen die AfD-Fraktion wiederholt Bürgerbeschwerden über Vermüllung, starken Qualm und erhebliche Geruchsbelästigungen, Lärm, zusätzlichen Verkehr sowie Störungen der Nachtruhe. In den drei Bezirken ohne entsprechende Grillplätze bestehen diese Probleme nach den vorliegenden Rückmeldungen nicht. Die AfD-Fraktion hat sich dieser Bürgerbeschwerden angenommen und sieht angesichts der geschilderten Zustände dringenden Handlungsbedarf. Hinzu kommen erhebliche Kosten für Reinigung, Müllbeseitigung, Kontrollen und Sicherheitsdienste.

Gerade angesichts der angespannten Haushaltslage hält die Fraktion diese dauerhaften Folgekosten für nicht länger vertretbar. „Das Projekt öffentlicher Grillplätze in Großstädten ist für uns gescheitert. Grillen, enge Wohnbebauung und ein hoher Nutzungsdruck auf öffentliche Grünflächen passen auf Dauer nicht zusammen. Die Folgen tragen Anwohner und Stadt – durch starken Qualm, Lärm, Müll, Beschwerden und hohe Kosten für Reinigung und Sicherheit“, erklärt Günter Weiss, stellvertretender Sprecher der AfD-Fraktion. Als konkrete Maßnahme fordert die Fraktion unter anderem, der Grillzone an der Henglerstraße in Essen-Steele mit sofortiger Wirkung den Status als Grillzone zu entziehen. „Wenn andere Fraktionen dieselben Probleme erkennen, darf nicht der Absender eines Antrags darüber entscheiden, ob er Zustimmung findet. Entscheidend muss sein, welche Lösung für Essen die richtige ist“, erklärt Andreas Lojewski, Pressesprecher der AfD-Fraktion.